



Bezirk

Frischer Wind im Rathaus

Oliver Schruoffeneger zum neuen grünen Stadtrat gewählt

Seite 3



Lebenswerte Stadt

Wachsender Bezirk

Jenny Wieland zu Anforderungen an die wachsende Stadt

Seite 4



Berlin-Wahl 2016

Hauptstadt der Alleinerziehenden

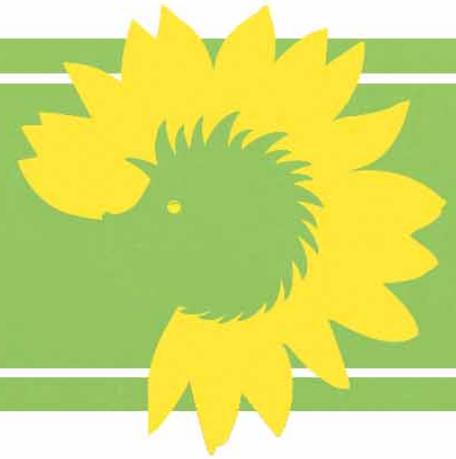
Lisa Paus zu einem Projekt im grünen Wahlprogramm

Seite 6

STACHEL

Sommer 2016

www.gruene-cw.de



Bundestag aktuell

Milliarden-geschenk gestoppt!

Der Gesetzentwurf zur Sonderabschreibung für den Wohnungsbau wurde gestoppt. Dazu hat auch entscheidend das verheerende Urteil der von uns mitbestellten Bauexperten beigetragen: Keiner glaubte, dass durch dieses Gesetz preiswerte Wohnungen entstehen. Da schloss sich die SPD dann doch noch unserer seit Monaten vorgetragenen Kritik an. Jetzt gibt es zumindest eine Chance, dass dieses Gesetz nicht nur ein milliardenschweres Geschenk für die Immobilienwirtschaft wird. Wenn es mit einer Mietobergrenze verknüpft wäre, würden preisgünstige Wohnungen entstehen. Wenn es alternativ eine Investitionszulage gäbe, hätten auch nicht rendite-orientierte Bauträger wie Genossenschaften etwas davon.

Mehr zur Berliner Mischung, Familienvielfalt oder einem Besseren Europa finden Sie auf meiner homepage: www.lisa-paus.de.

Lisa Paus
Mitglied des
Bundestages



Berlin braucht frische Politik Berlin braucht GRÜN

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Berlin ist heute ein Ort der Sehnsucht: lebenswert, pulsierend, anregend und entspannt. Berlin ist reich an kreativen und tatkräftigen Menschen, die die Stadt mit Ideen und Leidenschaft, mit Humor und Hilfsbereitschaft positiv gestalten.

Aber Berlin, so wie wir es lieben – modern, lebenswert und weltoffen – wird schlecht regiert. In der großen Koalition sind SPD und CDU meist mit sich selbst und ihren ständigen Streitereien beschäftigt. Vieles funktioniert nicht mehr: überlastete Bürgerämter, kaputte Schulen und Straßen – aber grenzenlose Steuerverschwendung an BER und Staatsoper ...

Dabei steht die Politik vor großen Aufgaben: Das Wachstum der Stadt braucht gute Gestaltung.

An uns Grünen soll keiner mehr vorbeikommen. Wir wollen die große Koalition ablösen und regieren! Dabei setzen wir Grüne klare Schwerpunkte: Wir wollen, dass Wohnen bezahlbar bleibt und eine moderne Mobilität, mit der alle sicher und entspannt von A nach B kommen. Grün und Berlin, das



Mehr Gefühl für Berlin: Unser Spitzenteam (v.l.n.r.)
Antje Kapek, Bettina Jarasch, Ramona Pop, Daniel Wesener

Foto: Harry Weber

bedeutet starke Familien, gute Kitas und Schulen für unsere Kinder sowie eine gesunde Stadtnatur. Dafür wollen wir investieren, anstatt weiter Steuergelder

für Prestigeprojekte zu verschleudern. Wir wollen eine offene und tolerante Gesellschaft – und eine Stadt, in der die Menschen mitentscheiden können. Wir

wollen mehr fair bezahlte Arbeit und die Wirtschaft so fördern, wie es sich für das 21. Jahrhundert gehört. Wir kümmern uns um das Jetzt und haben die Zukunft dabei fest im Blick. Und das heißt auch: Mit wirksamem Klimaschutz muss endlich begonnen werden! – Grün und Berlin, das ist eine ziemlich gute Idee.

Wir finden: Die Menschen in Berlin haben eine moderne Großstadtpolitik und eine moderne Verwaltung verdient.

Darum entscheiden Sie sich am 18. September für ein Grünes Berlin – für frische und zupackende Politik!

Ihre BündnisGrünen
in Charlottenburg-Wilmersdorf

Gemeinsam gegen den Brandstifter AfD

Die AfD ist eine rechtspopulistische Protestpartei, die durch gezieltes Schüren von Ängsten versucht, rasch an Wählerstimmen zu kommen. Sie bekämpft unsere muslimischen MitbürgerInnen und die Medien, den Klimaschutz, die Europäische Union und den Euro. Sie stellt sich gegen Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und die Pressefreiheit.

Je nach Publikum gibt sich die AfD seriös oder mobilisiert mit völkisch-nationalistischen Parolen. Sie ist eine Partei die die Grenzen des demokratischen Disputes bewusst überschreitet und den Islam diffamiert. Damit wird eine Religionsgemeinschaft pauschal diskreditiert und bedroht. Das ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Wir setzen dem die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte entgegen. Wir machen uns für eine wertorientierte Gesellschaft stark, die Gemeinsinn, Toleranz und Weltoffenheit pflegt.

Auf ihrem Programm-Parteitag beschloss die AfD, dass die Einkommensteuer für Reiche gesenkt, die Ge-

werbsteuer und die Erbschaftssteuer abgeschafft sowie das Arbeitslosengeld und die Unfallversicherung privatisiert werden sollen. Die AfD will die Frauen an den Herd zurückschicken, Abtreibungen und Ehescheidungen erschweren, die staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden kürzen und die „leistungsfeindlichen Frauenquoten“ abschaffen.

Die AfD setzt auf soziale Spaltung

Dies alles würde zwangsläufig die soziale Spaltung unserer Gesellschaft verstärken. Sogar den Länderfinanzausgleich möchte die AfD „reformieren“, um „Blüten wie etwa die Subventionie-

rung Berlins“ verhindern zu können. Das werden wir verhindern!

Mit Vorurteilen löst man keine politischen Probleme

Die letzten Jahre waren gekennzeichnet durch Finanzkrise, überfüllte Flüchtlingsboote, islamistischen Terror, Kriege sowie die Krisen des Wachstums und der Globalisierung – in jeder dieser Krisen reagierte die nationale Politik hilflos. Hier propagiert die AfD den Rückzug ins Nationale, in den vermeintlich sicheren Hafen des Vertrauten. Die Antwort kann aber nicht sein Ängste zu schüren und die MigrantInnen für

die Fluchtursachen verantwortlich zu machen – die Geflüchteten sind Opfer, nicht Täter. Statt Vorurteile zu schüren werben wir für eine Kultur des Miteinanders und des gegenseitigen Respekts. Nur so können lokale und internationale Konflikte zivilisiert gelöst werden.

Gemeinsam gegen den Brandstifter

Wir werden den Schulterschluss mit allen demokratischen Parteien suchen und unsere freiheitlichen Werte gegen Fremdenfeindlichkeit und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen verteidigen. Wir haben gute Argumente

und weichen keiner Diskussion aus. Wir werden uns aber von der AfD in keine Schlammschlacht hineinziehen lassen.

Franziska Eichstädt-Bohlig
Kreisvorstand

Herbert Nebel
Kreisvorstand

Lisa Paus
Mitglied des Bundestags

Petra Vandrey
Fraktionsvorsitzende BVV

Christoph Wapler
Fraktionsvorsitzender BVV



Und am 18. September



GRÜN wählen

Unser Rathaus Team:



- 1 Dr. Petra Vandrey**
Schule, Jugend, Geflüchtete
- 2 Christoph Wapler**
Haushalt, Finanzen
- 3 Jenny Wieland**
Stadtentwicklung, Grünflächen, faire Mieten
- 4 Serdar Bulat**
Finanzen, Bürger*innen-beteiligung
- 5 Dr. Zitha Pöthe- Elevi**
Kultur
- 6 Ansgar Gusy**
Stadtentwicklung, Liegenschaften, Bürger*innenbeteiligung
- 7 Susan Drews**
Umweltpolitik
- 8 Alexander Kaas Elias**
Soziales, Arbeit, Europa
- 9 Dagmar Kempf**
Wirtschaft, Musikschule
- 10 Alexander Koch**
Wirtschaft, Finanzen, Verkehr
- 11 Parwin Kouloubandi**
Umwelt- & Klimaschutz
- 12 Sascha Taschenberger**
Jugend, Sport
- 13 Sibylle Centgraf**
Umwelt, Stadtplanung, Grünflächen
- 14 Arif Koray Özbacı**
Verwaltungsreform, Jugend
- 15 Jutta Boden**
Kultur
- 16 Dr. Volker Heise**
Stadtentwicklung
- 17 Heidi Degethoff**
Gleichstellungspolitik, Partizipation
- 18 Christine Rabe**
Gender Mainstreaming & Gender Budgeting
- 19 Karin Nagel**
Haushalt
- 20 Alexander Klose**
Integration
- 21 Dr. Esmeralda Heiden**
Soziales, Gesundheit, Sport
- 22 Peter Ottenberg**
- 23 Barbara Schäfer**
- 24 Christopher Pieper**



Foto: Fridolin Freundesfest (Peter Kulcy) • CC BY-SA 3.0

Gemeinsam besser leben

Zu uns geflüchtete Menschen sind keine Belastung, sie sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Gerade die geflüchteten Jugendlichen haben die Chance, sich hier rasch zurecht zu finden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den zahlreichen minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten, die verteilt auf sechs Unterkünfte in unserem Bezirk leben. Es sind Jugendliche, die eine lange und gefährliche Reise auf sich genommen haben, um in Sicherheit leben zu können. Hier angekommen, erhalten sie zwar eine Unterkunft, befinden sich aber in einer rechtlich unsicheren Lage. Da sie noch nicht volljährig sind, können sie juristisch betrachtet bei ihren täglichen Geschäften und Entscheidungen nicht für sich selbst sorgen. Sie müssen zunächst ein Clearingverfahren durchlaufen, auf das sie oft monatelang warten müssen. Gerade in dieser Zeit stehen sie vor vielen Problemen: Die ärztliche Versorgung, der Schulbesuch, die Orientierung in einem neuen System, nicht zuletzt die Sprachbarriere und die Unsicherheit, wie und wann es weitergeht. Hier sind Patenschaften wichtig und hilfreich.

Voraussetzungen für eine gelungene Integration schaffen

Unsere grüne Fraktion hat einen Runden Tisch angeregt, der jetzt regelmäßig unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters im Rathaus tagt. Hier sitzen wir zusammen mit engagierten Vertreter*innen aus Flüchtlingsinitiativen und aus der Verwaltung, um die Situation der bei uns lebenden geflüchteten Jugendlichen



ANGST IST KEINE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND.

Jetzt Mensch bleiben!

konkret zu verbessern. Vor allem setzen wir uns dafür ein, dass die Jugendlichen schnell zur Schule gehen und schon vorab an Deutschkursen teilnehmen können.

Die Krise im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) bei der Versorgung der Geflüchteten ist noch in aller Munde. Unser Bezirk wird zentraler Standort bei der Neugestaltung der Betreuung werden. Das Leistungszentrum soll zeitweise in das ICC Berlin ziehen; das neue Landesamt für Flüchtlinge soll in der Darwinstraße aufgebaut werden.

Werden damit die katastrophale Situationen wie vor dem LaGeSo vermieden? Wir fordern, dass mit dem Umzug auch Strukturen geschaffen werden, die eine rasche adäquate Versorgung der Geflüchteten ermöglichen. Denn sie ist der Startpunkt für eine gelungene Integration. Wir wollen daher auch die neuen Modulare Unterkünfte so aufgestellt wissen, dass Integration gelingen kann und keine Blöcke entstehen, die sich nicht in das Stadtgefüge einpassen. An der Quedlinburger Straße fordern wir, dass dort Wohnungen entstehen,

die langfristig den Menschen ein neues Quartier bieten. Entsprechende Anträge von uns hat der Sozialausschuss einstimmig angenommen.

Dr. Petra Vandrey
Fraktionsvorsitzende BVV
Alexander Kaas Elias
Sprecher für Arbeit und Soziales

Baden in unseren Seen

Kaum eine Metropole hat so viele Badeseen wie Berlin. Bei uns im Bezirk bietet vor allem die Grunewalder Seenkette Erholung - jetzt wird hier auch Baden wieder möglich.

Am 1. Mai 2016 war es endlich soweit: Ganz offiziell ist Baden im Halensee wieder möglich. Der See zählt zu den saubersten Gewässern unseres Bezirks, doch bei Starkregen verwandelte er sich regelmäßig in eine schmutzige Brühe. Schuld daran hatte ein Überlaufsystem, welches das Schmutzwasser von der nahen Stadtautobahn direkt in den See transportierte. Das führte im Jahre 2003 zum Badeverbot, nachdem die Richtlinien der EU zum Gewässerschutz nicht mehr eingehalten werden konnten. Das Schließen des Überlaufsystems und der Einbau einer Kläranlage hat nun peu à peu dazu geführt, dass der Halensee wieder zum Badesee werden konnte. Ein Antrag von uns hat diesen Vorgang noch beschleunigt.

Nächster Schritt: Grunewaldsee

Es gibt viele Seen in unserem Bezirk, man glaubt es kaum - 22 an der Zahl. Der Grunewaldsee ist der größte; er hat ein ähnliches Schicksal wie der Halensee erfahren müssen. Auch hier hat seit langem das Baden - zumindest von Menschen - ein Ende gefunden. Nicht etwa wegen einer nahen Autobahn, sondern aufgrund der besonderen geographischen Lage am Ende der Grunewaldseenkette: Es wird zwar Frischwasser eingespeist, aber hier kommt davon kaum noch etwas an. Auch die tiefe Lage des Sees trägt zur Verschmutzung bei. Mitten im größten Hundeauslaufgebietes Europas gelegen, wird nach Regenfällen alles, was rundherum an Hinterlassenschaften von Vierbeinern

produziert worden ist, in den See gespült.

Unsere Stadt wächst. Das ist nichts Neues. Umso wichtiger sind für uns geplagte Großstadtmenschen die Naherholungsgebiete. Dazu zählt natürlich besonders der Grunewald und sein See. Auch ohne die Möglichkeit zum Baden ist der Bereich beliebt. Insbesondere bei Menschen mit Hunden. Das schafft Nutzungskonflikte: Wer den Grunewaldsee joggend, per Fahrrad oder auch nur spazierend umrundet, kann sich nicht

selten einer Meute Hunde erfreuen, die sich anschließt. Das finden nicht alle gut und viele zukünftige Badegäste sicherlich auch nicht.

Auf Anregung von Bündnis 90/Die Grünen hat das Bezirksamt nun ein Gutachten in Auftrag gegeben, das über zwei Vegetationsperioden hinweg die Belastung des Sees und des umliegenden

den Gebietes untersucht. Wir hoffen auf ein aussagekräftiges Ergebnis, das zur Grundlage genommen werden kann, die Situation rund um den See neu zu überdenken. Was wir am Halensee geschafft haben, sollte auch am Grunewaldsee möglich sein.



Der Grunewaldsee

Foto: Jens-Olaf Walter@flickr

Susan Drews
Stellv. Fraktionsvorsitzende BVV





Oliver Schruoffeneger bringt neuen Schwung ins Rathaus

Am 3. Mai wurde Oliver Schruoffeneger zum Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule, Sport und Umwelt gewählt. Unser neuer Stadtrat ist ein erfahrener Politiker und Verwaltungsprofi. Er war im Abgeordnetenhaus Haushaltsexperte der Grünen Fraktion und bringt viele Erfahrungen aus der Bezirkspolitik in Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf – also einer, der Berlin sehr gut kennt. Mit dem neuen Bezirksstadtrat sprach Franziska Eichstädt-Bohlig.

FEB: Berlin steht kurz vor der Wahl. Bis zur Bildung eines neuen Bezirksamts sind es nur noch fünf Monate. Was kann ein neuer Stadtrat da tun?

Schruoffeneger: Sicherlich werde ich keine grundsätzlichen Weichenstellungen mehr vornehmen können, aber ich möchte einen Akzent zur Stärkung und internationalen Ausrichtung der Jugendarbeit setzen. Und es geht auch darum, die vielen kleinen Dinge, die in mehr als einjähriger Vakanz in der Abteilung liegengeblieben sind, abzuarbeiten.

Du bringst viel jugendpolitische Erfahrungen aus Steglitz-Zehlendorf mit, lässt sich davon etwas auf unseren Bezirk übertragen?

Jeder Bezirk hat eigene Strukturen. Die Ziele können identisch sein, aber eine Übertragung 1:1 geht nicht. Vorgenommen habe ich mir in den Erziehungshilfen nicht nur die betroffenen Einzelfälle individuell zu bearbeiten. Ich möchte auch sehen, in welcher Form vorhandene Potentiale der Sozi-

alräume mehr zur Unterstützung der Kinder und Familien genutzt werden können, kurz gesagt, auch die Regelinrichtungen in ihren Ressourcen und Kompetenzen stärken. Und natürlich die internationale Themen. Wir müssen Kindern besser verständlich machen, warum andere Menschen, Religionen oder Staaten sich ganz anders verhalten. Das Fremde macht Angst. Wir leben aber in einer globalisierten Welt, in der die Grenzen immer mehr verschwimmen und durchlässig werden. Kinder und Jugendliche müssen sich heute mit globalen Themen auseinandersetzen. Dazu können spannende Projekte in der Jugendarbeit beitragen.

Die Schulen platzen aus allen Nähten. Schulsanierung und Schulerweiterung stehen endlich auch beim Senat weit oben auf der Agenda. Am Halemweg soll ein neues Bildungszentrum entstehen. Auch der Bedarf an Kita-Plätzen steigt deutlich. Kann der neue Stadtrat da etwas auf Tempo drücken?

Ich werde es versuchen, allerdings geht die Wahlperiode noch 5 Monate



Oliver Schruoffeneger

Foto: Privat

und die Sommerferien liegen auch dazwischen. Das ist nicht die beste Zeit, um beim Senat noch größere Projekte durchzusetzen. Eins will ich aber auf jeden Fall noch erreichen. Charlottenburg-Wilmersdorf ist der einzige Bezirk der bisher bei der Bereitstellung von mobilen Unterrichtsräumen leer ausge-

gangen ist. Das muss schnell korrigiert werden.

Für uns Grüne sind Umwelt, Klima- und Naturschutz zentral. Wir sehen mit grosser Sorge, dass überall schnell und luxuriös gebaut wird, aber nicht nachhaltig. Bleibt für dieses Thema überhaupt noch Kraft – und

müssen die Kompetenzen des Umweltamtes nicht dringend erweitert werden?

Natürlich, wer die Pariser Beschlüsse zum Klimaschutz ernst nimmt und umsetzen will, kommt nicht umhin, die bezirklichen Umweltämter zu zentralen Steuerungsinstitutionen auf kommunaler Ebene zu machen. Sie müssen zukünftig drei Funktionen erfüllen: 1. Initiativen ergreifen zur Reduzierung der klimaschädlichen Schadstoffe, 2. die Überprüfung aller bezirklichen Beschlüsse und Aktivitäten auf ihre Klimaauswirkungen und 3. die Motivierung der Bevölkerung zu Klimaschutzaktivitäten. Dazu braucht es ein kraftvolles, gut ausgestattetes Amt, das sich auch gegen die anderen Verwaltungsstellen durchsetzen kann. Diese Struktur müssen wir in der nächsten Wahlperiode schaffen. Die Vorarbeiten dazu können wir jetzt noch beginnen.

Lieber Oliver Schruoffeneger, wir wünschen Dir für diesen Kaltstart in Dein grosses Amt gute Nerven und eine glückliche Hand!

Unser Dank gilt Elfi Jantzen und ihrem Team

Unsere grüne Bezirksstadträtin Elfi Jantzen erkrankte vor einem Jahr und wurde Ende April in den Ruhestand versetzt. Für die Arbeit und Vertretung in dieser Zeit sagen wir den MitarbeiterInnen ihrer Abteilung und den Mitgliedern des Bezirksamts ganz herzlichen Dank!

In ihrer Amtszeit wurden die Leitlinien für ein kinder-, jugend- und familienfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf verabschiedet und ein Klimaschutzmanager für den Ökokiez Klausenerplatz eingerichtet. Elfi Jantzen machte sich besonders stark für den Erhalt der Jugendfreizeitstätten und für Jugendkunstschule. Mit dem neuen Freizeitheim im Ruhwaldpark bekommt endlich auch das Westend eine Jugendeinrichtung.

Maßgeblich von ihr vorangetrieben wurde auch das SIBUZ – das ‚schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrum‘, das 2015 im Eichkamp eingerichtet wurde. Hier finden Lehrkräfte und Eltern Beratung in allen Fragen der gemeinsamen Bildung von Kindern mit und ohne Behinderungen.

Elfi Jantzen hatte schwere Bürden zu stemmen. Der Personalengpass in der Elterngeldstelle führte zu überlangen Wartezeiten, die sie mit großem Einsatz reduzierte. In ihrer Abteilung mussten trotz wachsender Aufgaben etwa im Kinderschutz, der Beschulung der Flüchtlingskinder und im Umweltschutz 29 Stellen gestrichen werden.

Es hat sich gezeigt, dass der willkürliche Personalabbau und die Reduzierung des Bezirksamts auf fünf Mitglieder in einem wachsenden Bezirk eine unverantwortliche Schwächung der Bezirksverwaltungen darstellt.

Kreisvorstand und Fraktionsvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf Bündnis 90/Die Grünen

Der Kurfürstendamm braucht seine Bühnen

Die unendliche Geschichte der Kurfürstendamm-Theater beschäftigt wieder die Berliner Politik und Kulturszene.

Seit ihrer Eröffnung vor bald einhundert Jahren sind die Bühnen verbunden mit großen Namen wie Max Reinhardt und dem Architekten Oskar Kaufmann. Insbesondere die Komödie ist in ihrer Gestaltung als Logen-Theater von herausragender kulturgeschichtlicher Bedeutung.

Im Krieg nur teilweise zerstört, sind die Boulevard-Theater freilich seit den siebziger Jahren eingebaut in das „Ku'damm-Karree“ und an das wechselvolle Schicksal des ausladenden Gebäudekomplexes gekettet. Während in den Passagen nach und nach die Lichter ausgingen, erfreuen sich die Theater ungebrochener Beliebtheit.

Nun stehen Vertreter einer deutsch-russischen Investorengruppe mit Briefkästen in Übersee vor der Tür, denen leider auch nur einfällt, die Axt an die Bühnen zu legen. Hier sollen zukünftig Pullover verkauft werden. Für einen Theaterbetrieb ist die Fläche offenbar zu „wertvoll“. Dem Investor schwebt eine Bühne im Keller vor, ggf. auch als farbechte Kopie des zerstörten Originals.

Keine Frage: das Ku'damm-Karree braucht einen Neuanfang. Wer diesen Ort erwirbt, der erwirbt damit aber auch die Verantwortung für Geschichte, Kunst und Kultur, die sich hinter der rauen Betonfassade verbergen. Wir wollen, dass der Investor seiner Verantwortung gerecht wird und hilft, die Zukunft der Theater zu sichern.

Bei dem Umbau des Ku'damm-Karrees möchten wir für die Bühnen am Kurfürstendamm eine Planung erreichen, die ihren Bestand und den Spielbetrieb am Boulevard langfristig gewährleistet. So haben wir in der BVV gefordert, zumindest die von



Foto: cw

Oskar Kaufmann entworfene Komödie endlich unter Denkmalschutz zu stellen. Das Land Berlin muss das öffentliche Interesse am Erhalt der Bühnen aber auch konsequent vertreten und den Theaterbetrieb finanziell absichern.

Der Streit zwischen Kultur und Kapital ist einer zwischen ungleichen Part-

nern. Aber während der Bauherr mit einer Räumungsklage weiter Öl ins Feuer gießt, konnten sich der rot-schwarze Senat samt Regierendem Bürgermeister und seinem Kultur-Staatssekretär bislang nur zu hehren Worten aufraffen. Für die Sicherung der Bühnen wird das nicht reichen. Taten statt Worte sind gefragt und zwar dringend, denn die Zeit

ist nicht aufseiten der Theater und ihr Verlust wäre unwiederbringlich.

Christoph Wapler
Fraktionsvorsitzender BVV





Grün ...damit Klimaschutz endlich wirksam wird

Wachsende Stadt – wachsender Bezirk

Unsere Stadt war und ist immer dann stark, wenn die Menschen zusammenhalten. Sich gegenseitig helfen und unterstützen, wo es nötig ist – das gehört zum Wesen Berlins. Knapp 30 % aller BerlinerInnen unterstützen in vielfältigster Weise Geflüchtete, die zu uns gekommen sind. Und viele fragen sich, welche Antworten die Politik für BerlinerInnen und Neu-

BerlinerInnen, seien sie aus Dublin, Damaskus oder New York parat hat.

Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum in einem lebenswerten städtischen Umfeld? Wie können wir einen sozialen Zusammenhalt fördern, der ermöglicht, dass sich alle in unserer Metropole wohl fühlen können? Wie schaffen wir es, viele Menschen bequem und gesund von A nach B zu

bringen? Und wie schaffen wir es gleichzeitig, unsere Stadt so aufzustellen, dass sie dem Klimawandel gewachsen ist?

Gerade unser Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat schon immer anziehend auf Menschen aus aller Welt gewirkt. Bei der Vielfalt, die städtisches Leben bietet, ist eines jedoch begrenzt: Fläche. Wir müssen deshalb umfassend faire Mieten sichern und der

besonderen Beanspruchung der städtischen Infrastruktur wie Schulen, Kitas und öffentlicher Nahverkehr mit nachhaltigen Investitionen begegnen. Und wir finden: Die bauliche Verdichtung und die Aufwertung von Erholungsräumen müssen im Gleichgewicht erfolgen. Nur eine Stadt der kurzen Wege mit einer Durchmischung von Wohnen, Arbeiten und Erholen erleich-

tert nicht nur das Leben, sondern spart auch CO₂.

Und wir wollen endlich eine Stadt mit einer modernen Verwaltung und einem zukunftsorientierten Wirtschaften. Hier bietet die „Smart City“ Lösungen für unsere wachsende Stadt.



Foto: Dr. Zitha Pötbe-Elevi

Jenny Wieland
Sprecherin für
Bauen und Grün



Green und Smart Berlin Smart City

Berlin soll sich nach dem Wunsch des rot-schwarzen Senats zu einer der international führenden Smart Cities entwickeln. Klare Konzepte oder Ziele: leider Fehlanzeige. Allein mit Roadmaps und Smart City Agendas wird es nicht gelingen, die wirtschaftlichen und auch ökologischen Chancen der Smart City Idee zu nutzen.

Eine Basis wäre da: Mehr als 300 Berliner Unternehmen arbeiten an smarten Lösungen für Berlin – viele davon in Charlottenburg-Wilmersdorf und viele davon in enger Zusammenarbeit mit der Technischen Universität, die eine eigene Plattform für das wichtige Zukunftsthema aufgebaut hat: www.smartcity.tu-berlin.de. Dort sieht man aber auch – theoretisch gut aufgestellt, in der Praxis nicht viel umgesetzt.

Dabei könnte Berlin sowohl mit seiner Verwaltung also auch mit seinen gut aufgestellten Landesunternehmen mit beispielhaften, innovativen Projekten vorangehen! Gerade jetzt, wo aufgrund der wachsenden Stadt und der Haushaltsüberschüsse endlich wieder investiert wird – in neue Wohnungen,

in die Modernisierung der öffentlichen Verkehrsmittel oder auch in Schulsanierung – ist die Chance da, von vornherein den innovativen Gedanken zu verankern. Mit smarter Energietechnik, konsequenter Integration von Elektromobilität, smart-Home-Anwendungen oder E-Health-Angeboten – die Vernetzung der Dinge, die uns umgeben, bietet gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten großartige Chancen. Prozesse werden effizienter, weniger energieintensiv oder sogar überflüssig.

Innovative, intelligente Infrastruktur ist notwendig um Berlin zu einer dauerhaft lebenswerten, sozial gerechten und auf Nachhaltigkeit orientierten Stadt der Zukunft zu entwickeln. Mit einer konsequenten Strategie für eine Green Smart City Berlin könnte das gelingen!

Nicole Ludwig
Mitglied des
Abgeordnetenhauses



Für einen Richtungswechsel im Radverkehr



VOLKS- ENTSCHEID FAHRRAD

Wir unterstützen den #Radentscheid!



Besuchen Sie unsere Kampagne JazuNein.de

NEIN heißt NEIN – wir wollen die Schutzlücken im Sexualstrafrecht schließen. Macht, Geschlecht, Gewalt. stellt die Frage: Nacht's allein unterwegs?

Und dafür haben wir die Motive der Kampagne JazuNein.de gesetzt, die recht umstritten sind.

Ja! Sie sollen provozieren. Das wollte Roy Lichtenstein wohl auch? Oder nicht? Was meinen Sie?

Schreiben Sie uns unter:
info@gruene-cw.de



Impressum:

Redaktion:
Franziska Eichstädt-Bohlig (FEB),
Herbert Nebel (V.i.S.d.P.),
Christoph Wapler (cw),
Oliver E. Münchhoff (CvD)

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 5.000

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Wilmersdorfer Strasse 60/61,
10627 Berlin

Telefon: +49 30 86 42 33 00
kv@gruene-cw.de
www.gruene-cw.de



Spannende Entwicklung - auch auf der Mierendorffinsel

Es ist viel von Nachhaltigkeit die Rede – was heißt das eigentlich konkret? Als Handlungsprinzip zur Ressourcennutzung bedeutet eine nachhaltige Lebensweise etwa, dass sich unser alltägliches Konsumverhalten von einer kurzfristigen, umweltzerstörerisch wirkenden Wegwerf-Kultur hin zu einer Verbrauchskultur entwickelt, die Werte dauerhaft und langfristig erhält und damit nicht nur an uns selbst, sondern auch an unsere Nachkommen denkt.

Gelungene Initiative

Dieses Ziel haben sich zwei Bewohner des Mierendorff-Kiezes gesetzt, als

sie 2014 das Projekt „Nachhaltige Mierendorff-Insel 2030“ ins Leben gerufen haben. In der „Kleinstadt“ des Kiezes mit seinen 13.000 Einwohnern sollen nachhaltiges Handeln und Wirtschaften modellhaft erprobt werden. Eine von Bürger*innen für ihre Nachbarschaft angestoßene Initiative, die unterschiedlichste Anregungen geben möchte: Die Wiederbelebung von verödeten Geschäftsstraßen für den wohnortnahen Einkauf zu Fuß statt Center-Shopping mit dem Auto, die Einrichtung von Repair-Cafés in Kooperation mit der BSR (Reparatur statt Neuanschaffung), eine effiziente Lenkung des Durchgangsverkehrs zur Reduzierung der Luft- und Lärmbelastung oder auch die

Begrünung von Dächern mit landwirtschaftlichen Projekten (Roof-Farming) zur Verbesserung des Klimaschutzes.

Wie kann Politik hierbei unterstützen?

- Zum Beispiel, indem der Bezirk in Abstimmung mit der örtlichen Verkehrs-AG Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchführt.
- Zum Beispiel, indem er bei der Fördergeldakquise hilft, indem er das Projekt für die Bundesinitiative „Zukunftstadt“ anmeldet.
- Zum Beispiel, indem auf Initiative der Grünen das Projekt „Essbarer Bezirk“

in der Bezirksverwaltung verankert wurde und Unterstützung bei der landwirtschaftlichen Nutzung bezirkseigener Flächen anbietet.

- Zum Beispiel, indem der Bezirk auf Antrag der Grünen einen Prozess finanziert, mit dem das örtliche Kiezbüro beauftragt ist, regelmäßige Bürgerbeteiligung zu verstetigen.

- Zum Beispiel, indem der Bezirk auf Antrag der Grünen derzeit eine Studie zur Eignung von Milieuschutzgebieten durchführt, bei der die Mierendorff-Insel ganz oben auf der Liste der geeigneten Quartiere steht.

Aktuell bietet ein Bauprojekt auf der Insel weiteres Nachhaltigkeitspotenzial: Auf einem großen Tanklager-Grund-

stück an der Spree möchte der Deutsche Werkbund aktuell ein Modellquartier mit etwa 1000 Wohnungen für modernes, innerstädtisches Leben errichten, davon 30 % zu bezahlbaren Mieten. Die vorherige Planung, die jeder Nachhaltigkeit widersprochen hätte, konnte durch den Widerstand der Anwohner in Kooperation mit den Grünen verhindert werden. Denn ursprünglich sollte auf dem Grundstück ein riesiges Einkaufs-Center entstehen, was zu immensem Lieferverkehr und einer Schädigung der kleinen Kiez-Geschäfte geführt hätte. Diese Erfolge zeigen, welche Möglichkeiten eine gute Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiative und politischen Akteuren eröffnet.

Jenny Wieland
Sprecherin für
Bauen und Grün

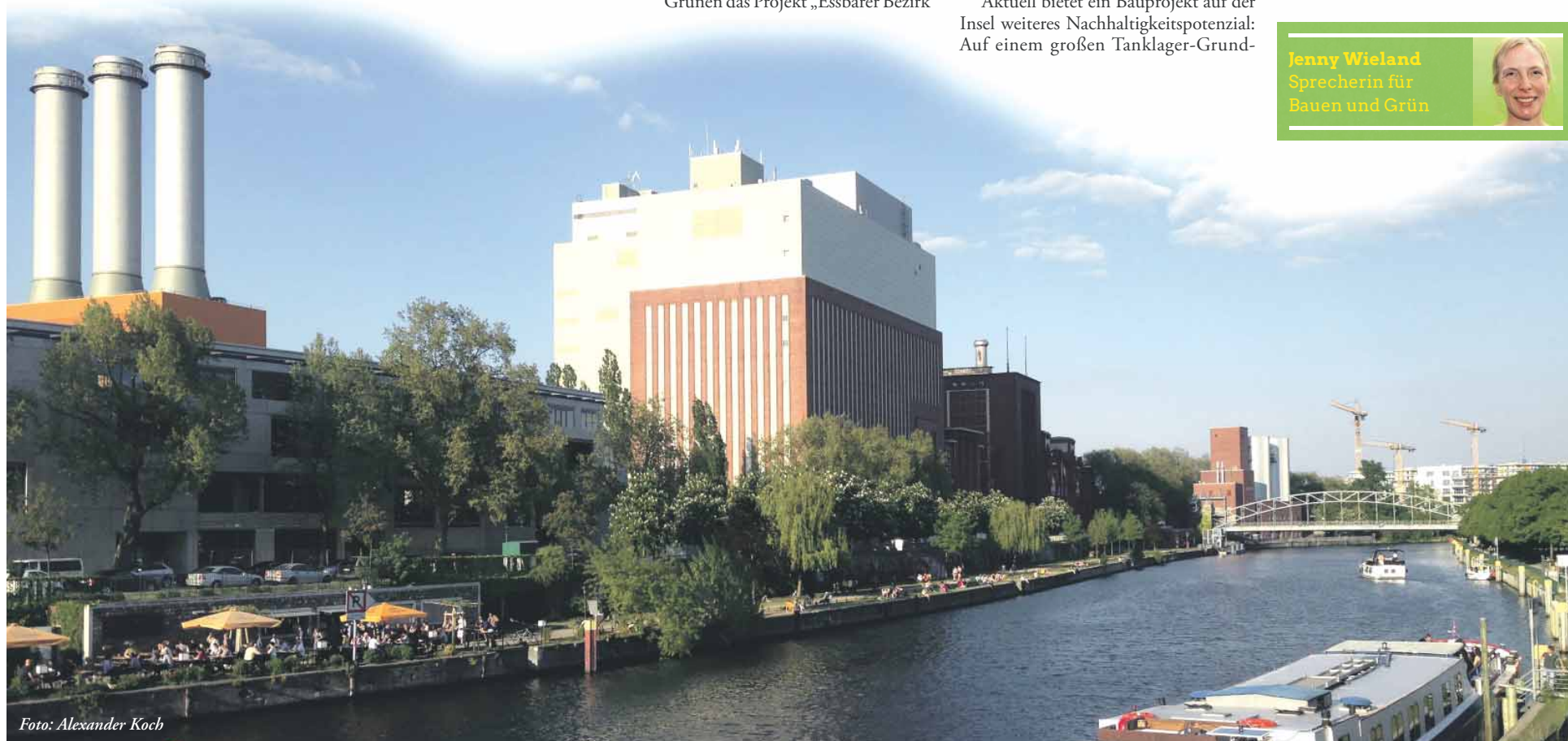


Foto: Alexander Koch

Neue Chancen für den Bildungsstandort Charlottenburg Nord

Gute Schulen und Kitas brauchen gute Räume! Auf dem Gelände am Halemweg ist der Ausbau des dortigen Bildungsstandortes geplant – von der Kita bis zum Abitur bzw. der Berufsausbildung. Nachdem die Poelchau-Oberschule in den Olympiapark umgezogen ist und dort neue Gebäude mit vielen Sportmöglichkeiten erhalten hat, wird das alte, schadstoffbelastete Schulgebäude abgerissen und macht Platz für Neues.

Auf dem Gelände befinden sich schon einige Schulen, unter anderem die Erwin-von-Witzleben-Grundschule und die Anna-Freud-Schule (OSZ Sozialwesen), eine Kita, ein Familienzentrum und das Stadtteilzentrum Halemweg mit Bürgeramt, Stadtbibliothek und Jugendclub, außerdem Sportanlagen. Nun wird durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geplant. Es sollen neue Wohnungen entstehen, vor allem aber soll die Chance genutzt werden, den Bildungsstandort umzubauen und zu erweitern. Dafür sollen neue Schulgebäude entstehen.

Die Grüne Fraktion setzt sich dafür ein, dass ein neues, größeres Kitagebäude geschaffen wird – denn mit neuen Wohnungen werden neue Familien kommen und der Platz in der bisherigen Kita hat ohnehin schon nicht für die vielen

Anmeldungen gereicht. Unsere Stadt wächst – neue Kitaplätze brauchen wir dringend. Für die jetzigen Kitakinder muss während der Baumaßnahmen ein vernünftiger Ersatzort gefunden werden, denn kein Kind soll mitten auf einer Baustelle zur Kita gehen. Wichtig ist uns der Erhalt des Familienzentrums Halemweg, das dort vor Ort gute Arbeit macht und mit Elterncafé, Kindergruppen und Elternkursen ein tolles Angebot bietet.

Die Entwicklung des Geländes ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Planung ist spannend und bietet die Chance, hier einen modernen und ganzheitlichen Bildungsstandort zu realisieren. Unsere Grüne Fraktion begleitet den Prozess durch Anfragen und Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung und steht dazu in regem Austausch mit dem Bezirksamt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass neben dem geplanten Wohnungsbau der Bildungsstandort gut entwickelt wird – für Familien, die schon im Umfeld wohnen oder neu in unseren Bezirk ziehen.

Dr. Petra Vandrey
Fraktionsvorsitzende BVV



Schoeler-Schlösschen zum Ort der Begegnung machen

Wir Grüne wollen das Schoeler-Schlösschen wieder öffnen als Ort der Begegnung für alle. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich, dass das Haus wieder genutzt werden kann. Mittlerweile hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die das Schoeler-Schlösschen reaktivieren will und Vorschläge für ein sozio-kulturelles Zentrum eingereicht hat.

Das Schoeler-Schlösschen ist das älteste Gebäude in Wilmersdorf und steht unter Denkmalschutz. Das Haus wurde 1756 gebaut; es hat seinen Namen von dem letzten Eigentümer, dem Augenarzt Prof. Heinrich

Schoeler. 2006 begann die Stiftung Denkmalschutz mit der Sanierung des Gebäudes, es wurde außen fertig saniert. Doch dann musste die Stiftung Konkurs anmelden, bevor die Innensanierung beginnen konnte. Das Schoeler-Schlösschen fiel zurück an den Bezirk.

Ideen sind gefragt – und Geld

Die Verwaltung schätzt die Kosten der denkmalgerechten Innensanierung auf drei Millionen Euro – Geld, das der Bezirk nicht hat. Um den Großteil der Summe zu erhalten, stellte das Be-

zirksamt einen Lottomittelantrag. Das dazu gehörende Konzept wurde nachgebessert, doch die Lottomittelstiftung nahm den Antrag nicht an. Damit ist offen, wie die Innensanierung finanziert werden kann.

Unser Antrag zu einer temporären Nutzung in der warmen Jahreszeit wurde in der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig angenommen. Die zuständige Stadträtin Dagmar König hat Werkstattgespräche angekündigt, um gemeinsam mit den Interessierten, Stiftungen u.ä. zu beraten, wie der Prozess der Wiederinbetriebnahme gestaltet und vor allem finanziert werden kann. Leider blieb es bisher bei der Ankündigung, der Termin wurde verschoben, wie die BVV erst auf Nachfrage erfahren hat. So wird das Engagement vor Ort nicht motiviert, gemeinsam mit den Bezirk nach Lösungen zu suchen. Aber Ideen, die Innensanierung zu finanzieren, sind nötig – denn ohne diese wird es schwierig, das Schoeler-Schlösschen wieder zu beleben.

JETZT MENSCH BLEIBEN!

Unterstütze unsere Kampagne gegen Hass & Hetze



Alexander Kaas Elias
Sprecher für Arbeit und Soziales





Grün ...damit Familie da ist, wo Kinder sind

Berlin – Hauptstadt der Alleinerziehenden

Unser Projekt im Wahlprogramm 2016

Berlin ist Hauptstadt der Alleinerziehenden. Jedes dritte Kind wird von einem alleinerziehenden Elternteil erzogen. Deshalb ist Berlin auch ein Zentrum der Kinderarmut: 40% der Alleinerziehenden bezieht Hartz IV. Es gibt kein größeres Armutsrisiko in Deutschland als Kinder zu haben und alleinerziehend zu sein.

Dass dies so ist, ist nicht nur eine bodenlose Ungerechtigkeit. Es ist auch eine politische Dummheit: Wir alle wissen, dass dieses Land aus vielen Gründen Kinder braucht. Und dass wir es uns nicht leisten können, auch nur ein einziges Kind zurücklassen. Oder ihre Eltern zu demütigen, indem man Ihnen Hartz IV-Sätze kürzt, wenn das Kind einen Tag beim getrennten Partner verbringt. Es braucht ein Gesamtkonzept, um Alleinerziehende zu unterstützen und damit auch Kinderarmut zu bekämpfen.

Denn das Armutsrisiko hat Gründe. Alleinerziehende werden als Familien benachteiligt. So profitieren sie etwa nicht vom Ehegattensplitting. Deshalb müssen wir hin zu einer Förderung, die jedes Kind erreicht. Unabhängig davon, ob seine Eltern verheiratet sind, alleinerziehend oder ob sie ohne Trauschein zusammen leben. Das beste Mittel dafür ist die Kindergrundsicherung. Sie funktioniert einkommensunabhängig wie ein Kindergeld für alle: Meiner Meinung nach sollten es mindestens 300 € pro Kind sein.

Damit wäre die Kinderarmut zumindest gelindert. Denn unter den Hartz IV-Beziehern sind auch viele sogenannte Aufstocker: also Menschen, die so wenig verdienen, das sie Hartz IV ergänzend bekommen. Sie kämen durch die Kindergrundsicherung aus dem Hartz IV-Bezug heraus: Sie hätten 110 € im Monat mehr und das ohne den bürokratischen Aufwand.



Foto: Privat

Entgegen landläufigen Vorurteilen arbeiten nämlich die meisten Alleinerziehenden. Trotzdem sind ihre Verhältnisse oft prekär. Häufig, weil sie nur Teilzeit arbeiten. Denn es gibt

sehr viele Berufe, die mit normalen Kita- oder Hort-Betreuungszeiten nicht Vollzeit zu leisten sind. Wie soll eine alleinerziehende Polizistin oder ein alleinerziehender Krankenpfleger

die Spät- und Nachtschichten organisieren?

Alleinerziehende brauchen eine verlässliche flexible und gute Kinderbetreuung, damit sie existenzsichernde

Jobs annehmen können. Die 24-Stunden-Kita der CDU erscheint mir eher als Notaufbewahrung - ohne feste Bezugspersonen für die Kinder. Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass Tagesmütter und -väter die Kinder von der Kita nachhause bringen und sie dort betreuen, bis die Eltern nachhause kommen. Die Berliner SPD hat unsere Idee der flexiblen Betreuung jetzt aufgegriffen. Zwar in viel zu kleinem Maß - als Modellversuch - aber die Richtung stimmt.

Was aber im Konzept der SPD fehlt, ist ein Pakt mit der Wirtschaft. Die Politik muss Unternehmen davon überzeugen, dass sie sich umstellen, wenn sie in Zeiten von Fachkräftemangel Arbeitskräfte binden wollen. Betriebskitas sind dafür eine gute Möglichkeit. Die Unternehmen sollten bei den Arbeitszeiten den Alleinerziehenden entgegen kommen: Indem sie beispielsweise auch Teilzeittellen und Home-Office-Tage anbieten.

Projekte wie das Netzwerk Alleinerziehende sollte es in allen Bezirken geben: In Marzahn-Hellersdorf vermittelt es mit seiner Arbeits- und Ausbildungstour erfolgreich Alleinerziehende. In Charlottenburg-Wilmersdorf wollen wir das erste Berliner Familienzentrum speziell für Alleinerziehende gründen. Mit solchen Hilfen, mit flexibler Kinderbetreuung, einem Pakt mit der Wirtschaft und der Kindergrundsicherung hätten wir den Rahmen, um Alleinerziehende aus ihrer oft prekären Lebenssituation herauszuhelfen.

Lisa Paus
Mitglied des
Bundestages



Wir sind für Sie da

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Kreisgeschäftsstelle
Wilmersdorfer Straße 60/61,
0627 Berlin

Telefon: 030 - 86423300

www.gruene-cw.de
eMail: kv@gruene-cw.de
twitter: @Gruene_CW

Kreisvorstand:
Jana Brix, Franziska Eichstädt-Bohlig, Gaby Kutt, Christine Rabe, Juri Kroma, Herbert Nebel

Kreisgeschäftsführung
Kirstin Bauch

Bundestag

Lisa Paus
Mitglied des Bundestages

www.lisa.paus.de
mail: lisa.paus@bundestag.de
twitter: @lisapaus

Wahlkreisbüro
Charlottenburg - Wilmersdorf
eMail: lisa.paus.wk@bundestag.de
Telefon: 0176 - 43453144

Postanschrift
Windscheidstraße 16
10627 Berlin

Abgeordnetenhaus

Nicole Ludwig
Mitglied des Abgeordnetenhauses
www.nicole-ludwig.de

eMail: nicole.ludwig@gruene-fraktion-berlin.de
twitter: @LudwigNicole

Jochen Esser

Mitglied des Abgeordnetenhauses
eMail: jochen.esser@gruene-fraktion-berlin.de

Wahlkreisbüro
Charlottenburg-Wilmersdorf
eMail: info@nicole-ludwig.de
Telefon: 030 - 53063077

BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

Petra Vandrey
Fraktionsvorsitzende
eMail: petra.vandrey@gruene-cw.de
twitter: @vandrey_petra

Christoph Wapler
Fraktionsvorsitzender
eMail: christoph.wapler@gruene-cw.de
twitter: @Ch_Wapler

Geschäftsführung
Ansgar Gusy
eMail: fraktion@gruene-cw.de
twitter: @GrueneBVVCW
Telefon: 030 - 902914908

Was Sie uns geschrieben haben

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im letzten Herbst haben wir Sie nach Ihren Anregungen zur Bezirkspolitik in Charlottenburg-Wilmersdorf gefragt. Da ist ein bunter Strauß an Wünschen zusammen gekommen. Da es vor allem persönlich geschriebene Zuschriften sind, ist eine statistische Auswertung schwierig. Interessant aber sind die Schwerpunktsetzungen und viele persönliche Zitate:

Ihre Herzensangelegenheiten und Wünsche:

Der Erhalt von Grün und Kleingärten und der Erhalt und Bau von bezahlbaren Wohnungen standen durchweg an vorderster Stelle. Häufig gefordert wurden auch mehr Raum für Radverkehr, weniger Raum für Autos und weniger Schlaglöcher. Wichtig sind besser ausgestattete Kitas und Schulen. Ebenso eine bessere medizinische Versorgung, die Rettung des traditionellen Einzelhandels und der Erhalt der Kuddambühnen.

Ihre Bewertung der Bezirkspolitik:

An der Bezirkspolitik wurden am häufigsten die langen Wartezeiten bei den Bürgerämtern beklagt, die ‚blindwütige Baupolitik‘ und eine zu grosse Nachgiebigkeit gegenüber den Inves-

torenwünschen. Häufig kam auch ein „ich weiss darüber zu wenig.“ Aber auch Anerkennung, wie: „Wohl ganz o.k.“ oder „gut – obwohl der Bezirk kein Geld hat, wurde viel erreicht“.

Ihre Ratschläge für uns BündnisGrüne:

- „Kommt zurück zu Euren Wurzeln!“
- „Mehr Klima- und Umweltpolitik!“
- „Mutiger für Bürgerinteressen eintreten!“
- „sorgt für bessere Ausstattung der Bezirke!“
- „Macht den Bundesplatz so wie er früher war!“

- „Stellt Euch gegen die Profitgier!“
- „Skandalisiert wieder mehr die Steuerverschwendung beim BER!“
- „Der Solidarbeitrag soll für Flüchtlingspolitik in den Kommunen genutzt werden.“

und last but not least:

- „Mehr Stimmen bei den Wahlen!“

Ihnen allen herzlichen Dank fürs Mitmachen,

*Ihre Grünen in
Charlottenburg-Wilmersdorf,
der Vorstand*

**PARTEI
ERGREIFEN**

Jetzt Mitgliedsantrag
ausfüllen

